

Rede von Józef Cyrankiewicz (7. Dezember 1970)

Legende: Am 7. Dezember 1970 begrüßt der Vorsitzende der Gesetzgebenden Kammer der Volksrepublik Polen, Józef Cyrankiewicz, die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags, mit dem die Grundlagen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland (BDR) geschaffen werden sollen.

Quelle: Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1970. 288 S. p. 24-30.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_jozef_cyrankiewicz_7_dezember_1970-de-30e985da-7976-42da-b8f7-07fc95884419.html

Publication date: 02/07/2015

Rede von Józef Cyrankiewicz (7. Dezember 1970)

Sehr geehrter Herr Kanzler, sehr geehrter Herr Vizekanzler, verehrte Gäste!

Wir haben heute einen Vertrag unterschrieben, der von grundsätzlicher Bedeutung für die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ist. Er wurde allgemein auch als ein Akt, der die allgemein-europäische Entspannung begünstigt, erwartet, und diese Entspannung bedingt, also als ein Akt von großem Wert für die Festigung des Friedens und der Sicherheit auf unserem Kontinent.

Möge die Zukunft, sowohl die nahe, auf die wir aktiv einwirken können, als auch die entfernteste, die Dauerhaftigkeit, und damit auch die geschichtliche Rolle dieses Vertrages, der einen gewissen Abschnitt in der historischen Entwicklung Europas beschließt, und schon seit langem bestehende europäische Realitäten endgültig anerkennt und sanktioniert, insbesondere die in Potsdam beschlossene Westgrenze Polens, bestätigen.

Es ist die moralische Pflicht unserer Generation, Herr Kanzler, einer Generation, die den Zweiten Weltkrieg durchlebt hat, daß wir der jungen Generation keine Angelegenheiten, die aus diesem Krieg resultieren, auch nur scheinbar offen, nicht bis zum Ende erledigt, oder glimmend, und manchmal als schwärende Keime kommenden Streits, als Nachlaß überlassen.

So verstehe ich die Unterschriften, Herr Kanzler, die wir heute im Namen unserer Regierungen und unserer Staaten unter diesen Vertrag gesetzt haben.

Der Vertrag ist die Frucht langer und hartnäckiger Bemühungen. Im Verlauf dieser Tätigkeit mußte der gute Wille beider Seiten gar nicht so einfache Probleme, die sich in der Vergangenheit angesammelt haben, überwinden. Wir haben uns in unseren Bemühungen von der Überzeugung leiten lassen, daß an Stelle der bisherigen Abwege und über Schluchten hinweg, beim Verschütten von Abgründen neue Wege notwendig sind, und gemeinsam gebaut und geöffnet werden müssen, die im Prozeß der Normalisierung unsere beiden Staaten zu besserem Verstehen, zu für sie beide und für ganz Europa nutzbringender Zusammenarbeit - kurz - in die Zukunft führen werden.

Wir ließen uns leiten durch die Überzeugung, daß - wenn es nur in unserer Macht ist - endlich die tragische Kette von Kriegen, Leiden und Unrecht, mit denen die bisherige Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen belastet war, durchbrochen wird, daß der Abgrund zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk verschwindet, den die Hände der barbarischen Eindringlinge und Okkupanten Hitlers im Zeitabschnitt des Zweiten Weltkrieges aufgerissen haben.

Den Weg, der zum Überbrücken dieses Abgrundes führte, erleichterte der zweite deutsche Staat, der direkte Nachbar der Volksrepublik Polen - die Deutsche Demokratische Republik, die vor zwanzig Jahren mit Volkspolen den Görlitzer Vertrag unterzeichnete, der die in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegte polnisch-deutsche Staatsgrenze entlang der Oder und Lausitzer Neiße bestätigte.

Das wurde Grundlage des Normalisierungsprozesses der Beziehungen, der Entwicklung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik, gar nicht zu reden vom Bündnis, das auf gemeinsamen ideologischen Voraussetzungen beruht, was aber natürlich eine andere Angelegenheit ist.

Und auch nur auf dieser Basis - der Anerkennung der Unabwendbarkeit und Unantastbarkeit der durch die Potsdamer Beschlüsse festgelegten und bestehenden westlichen Grenzen Polens an der Oder und Lausitzer Neiße - wurde es möglich, daß heute dieser Vertrag unterschrieben wird, der den Weg bahnt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und dem zweiten deutschen Staat, welcher auf den Trümmern des Dritten Reiches entstand, der Bundesrepublik Deutschland.

Durch den heute unterschriebenen Vertrag schaffen wir - so scheint es - reale und solide Grundlagen für den Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen unseren Staaten, der verschiedene Gebiete des Lebens,

insbesondere eine Belebung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen, umfassen soll, zum bestverstandenen Wohl beider Staaten. Wir sind uns auch einig darüber, daß unmittelbar nach der Inkrafttretung des Vertrages diplomatische Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden.

Wir möchten, daß die Inkrafttretung des Vertrages, wie auch des einen breiteren Normalisierungsprozeß beginnenden Moskauer Vertrages ohne Komplikationen und Hemmnisse erfolgt, und glauben, daß dies auch Ihre Regierung wünscht. Wir wollen auch glauben, daß dieser bedeutsamen Angelegenheit auch alle verständigen politischen Kräfte in der Bundesrepublik mit gutem Willen entgegenkommen werden, da ein dem Vertrag und den Perspektiven, die er eröffnet, widerstrebendes Entgegenwirken, in auffälligster Weise dem Bestreben der Völker, der lebensnotwendigen Normalisierung der Beziehungen, der Entspannung und dem Frieden in Europa, widersprechend sein würde.

Im heute unterschriebenen Vertrag sehen wir ein Anzeichen und wichtigen Anteil am breiter verstandenen Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und der Bundesrepublik Deutschland, der mit dem bedeutsamen Moskauer Vertrag vom 12. August dieses Jahres seinen Anfang nahm. Wir erwarten, daß dieser Prozeß fortgesetzt wird und auch eine Normalisierung der Beziehungen mit der Tschechoslowakei umfassen wird, über die sich der Herr Kanzler schon äußerte.

Wir sind der Meinung, daß von grundsätzlicher Bedeutung und ungemein günstig für den Frieden und die Zusammenarbeit in Europa die Gestaltung, die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sein würde, in erster Linie auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität beider Länder, deren volle Gleichberechtigung unter allen anderen Staaten. Mit größter Überzeugung geben wir daher der Angelegenheit der baldigen Aufnahme sowohl der Bundesrepublik Deutschland, als auch der Deutschen Demokratischen Republik in die Organisation der Vereinten Nationen unsere größte Unterstützung.

Der Vertrag, den wir heute unterschrieben haben, wurde schon in ganz Europa und der internationalen Gemeinschaft der ganzen Welt als neuer, wichtiger Schritt vorwärts in der Beseitigung der Kruste des Kalten Krieges im für den Frieden so empfindlichen Gebiet, wie es Europa ist, beurteilt. Mit diesem Schritt tragen wir dazu bei, daß einer der hauptsächlichen und potentiell gefährlichsten Herde der Spannungen gelöscht und gleichzeitig die sich schon seit langer Zeit auf unserem Kontinent anbahnenden Prozesse der Annäherung von Staaten verschiedener gesellschaftlicher Verfassungen, gestärkt werden.

Wir verwirklichen die Voraussetzungen der allgemein-europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit. Wir sind überzeugt, daß es weitere Möglichkeiten unseres Zusammenwirkens in dieser großen Frage gibt, darunter auch in der Vorbereitung und der Durchführung der europäischen Konferenz.

Polens Anteil am Aufbau der europäischen Friedensordnung wird gekennzeichnet durch den fundamentalen Vertrag der Freundschaft und gegenseitigen Hilfe mit der Sowjetunion und durch Verträge mit anderen brüderlichen, sozialistischen Staaten, sowie auch durch zahlreiche Initiativen, deren Ziel die Stärkung der Entspannungstendenzen auf unserem Kontinent ist.

Der Grundgedanke unserer Politik, aller unserer Handlungen, ist das Bestreben, die Beziehungen in Europa auf das Prinzip des friedlichen Zusammenlebens zu stützen. Voraussetzung ist das Zusammenleben der Völker und Staaten im Frieden, unabhängig von Belastungen aus der Vergangenheit und aller heutigen, tiefen Unterschiede. Voraussetzung ist auch eine allseitige Zusammenarbeit, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, die ja die materielle Basis für die günstige Entwicklung der Beziehungen auf allen anderen Gebieten bedeutet.

Verehrter Herr Kanzler, verehrte Gäste! Den heutigen Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Staaten unterschreibend, haben wir eine Angelegenheit verwirklicht, die nicht nur einmal durch unser Land in den Vordergrund geschoben wurde, für deren Erledigung eine neue Plattform geschaffen wurde dank der Initiative Wladyslaw Gomulkas, der unser Volk leitet. Diese Initiative, die in der konsequenten Friedenspolitik Polens wurzelt und mit den lebenswichtigsten Interessen der Sicherheit und

Zusammenarbeit in Europa übereinstimmt, ebnete den Weg zu den Gesprächen.

Wir sind uns voll der Bedeutung der Tatsache bewußt, daß im Namen der Bundesrepublik Deutschland ein Mann unter den Vertrag seine Unterschrift setzte, der schon am Beginn der Machtübernahme durch den Faschismus das grenzenlose Unglück begriff, daß dadurch für das deutsche Volk, für die Völker Europas, für den Frieden in der Welt, entstehen kann. Wir schätzen auch den Ausdruck guten Willens und der Redlichkeit der Bemühungen dieser politischen Kräfte, die die gegenwärtige Orientierung der Bundesrepublik ausgearbeitet haben und heute realisieren.

Wir schätzen darin Ihr persönliches Wirken, Herr Kanzler, und des Herrn Außenministers, Walter Scheel.

Aus den Buchstaben und dem Geiste dieses Vertrages ergeben sich die Möglichkeiten der friedlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten.

Sie werden durch die Regierungen und Gesellschaft unserer Staaten mit dem Bewußtsein der Bedeutung des Vertrages und der geschichtlichen Verantwortung verwirklicht werden, die er unseren beiden Staaten, deren Regierungen und deren gesellschaftlichen Kräften auferlegt.

Ich möchte einen Toast ausbringen auf den heute unterschriebenen Vertrag und seine volle Realisierung, auf Ihr Wohl, Herr Kanzler, Herr Außenminister Scheel und das Wohl aller hier Anwesenden, mit Ihnen, Herr Kanzler, angekommenen Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland, auf die friedliche Koexistenz und die Sicherheit unseres Kontinents und auf den der Welt so nötigen Frieden.